

NACHRICHTEN

Geschäftsleute hinter Attentat in Sri Lanka

COLOMBO: Hinter dem Anschlag auf Sri Lankas Präsidentin Chandrika Kumaratunga steckt nach einem Bericht des staatlichen Radios eine Verschwörung von Geschäftsleuten. Eine Gruppe von Millionären habe vom Staat nicht die geforderten finanziellen Vorteile erhalten. Die Millionäre unterstützen daher die tamilische Untergrundorganisation Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) und die Oppositionspartei UNP, hiess es in dem Bericht unter Berufung auf Polizeikreise am Sonntag weiter. Das Attentat sei der letzte Schritt ihrer Bemühungen, ihre Ziele zu erreichen. Die Polizei überwache mehrere Geschäftsleute und zwei Redaktoren. Am 18. Dezember hatte eine Selbstmord-Attentäterin auf einer Wahlkampfveranstaltung einen Bombenanschlag verübt. Dabei wurden 26 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt.

Strafanzeige auch gegen Schäuble

HAMBURG: In der CDU-Spendenaffäre ist auch gegen den Nachfolger von Helmut Kohl als Parteivorsitzenden, Wolfgang Schäuble, eine Strafanzeige bei der Bonner Staatsanwaltschaft eingegangen. Das bestätigte Oberstaatsanwalt Bernd König auf Anfrage der «Bild am Sonntag». Die Anzeige sei handschriftlich von einer Organisation namens «Roter Pirat» verfasst worden. Sie sei «wenig substantiell», sagte König. Aber auch sie werde darauf hin überprüft, ob es Anhaltspunkte für eine Einleitung eines Ermittlungsverfahrens geben könnte. Bislang habe die Staatsanwaltschaft solche Anhaltspunkte aber nicht gefunden, sagte König weiter. Die Staatsanwaltschaft Bonn ermittelt seit Montag offiziell gegen den früheren CDU-Vorsitzenden Kohl. Dem Altkanzler wird Untreue gegenüber seiner Partei vorgeworfen. Der Anfangsverdacht der Untreue stützt sich vor allem auf Kohls Aussagen, er habe zwischen 1993 und 1998 von anonymen Spendern 1,5 bis zwei Millionen Mark in bar erhalten und auf Geheimkonten einbezahlt.

Gespannte Ruhe auf den Molukken

JAKARTA: Nach fast zwei Wochen blutiger Gewalt zwischen Christen und Moslems auf den ost-indonesischen Molukken-Inseln hat das Militär die Lage zum Wochenende vorläufig unter Kontrolle gebracht. Nach Augenzeugenberichten vom Sonntag feierten tausende Moslems in der Provinzhauptstadt Ambon friedlich das Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan. In den Moscheen riefen Prediger Christen und Moslems zur Zurückhaltung auf, um das Morden zu beenden. Im weitgehend zerstörten Ambon sicherte die Armee weiterhin strategisch wichtige Kreuzungen, Plätze und Zufahrtsstrassen. Indonesiens Präsident Abdurrahman Wahid erhob unterdessen schwere Vorwürfe gegen die moslemische Seite.

Flüchtlinge aus Iran und Irak gerettet

JAKARTA: Die indonesische Marine hat 61 Iraner und Iraker, die in einem Boot vor der Ferieninsel Bali trieben, gerettet. Die Flüchtlinge wollten wahrscheinlich nach Australien, wie die amtliche Nachrichtenagentur Antara am Sonntag berichtete. Ein Fischer hatte das in Seenot geratene Holzschiff entdeckt. An Bord seien auch vier indonesische Besatzungsmitglieder gewesen. Keiner der Männer habe zugeben wollen, der Kapitän zu sein.

Raketen-Bauteile in London entdeckt

LONDON: Der britische Zoll hat auf dem Londoner Flughafen Gatwick 32 Kisten mit Raketen-Bauteilen entdeckt, die trotz des Waffenembargos der Europäischen Union (EU) nach Libyen exportiert werden sollten. Wie die britische Zeitung «Sunday Times» berichtete, waren die Bauteile als Auto-Ersatzteile deklariert. Die Kisten, die mit einer Maschine der British Airways via Malta nach Libyen gehen sollten, wurden dem Bericht zufolge bereits Ende November gefunden.

Sie enthielten auch Bauteile für das Antriebssystem von Scud-Raketen, die eine Reichweite von 960 Kilometern haben. Auf den Begleitpapieren sei eine Strickwaren-Firma in Taiwan als Absender vermerkt. Dieses Unternehmen sei aber nicht mehr aufzufinden, berichtete die «Sunday Times» weiter.

Rebellen starten Blitzangriff

Moskau hält trotz Feuerpause an Eroberung von Grosny fest

GROSNY: Tschetschenische Rebellen haben die Unterbrechung der russischen Offensive gegen Grosny zu Überraschungsangriffen auf von Russen besetzte Orte genutzt. Trotz der weitgehend eingehaltenen Feuerpause hält Moskau daran fest, Grosny zu erobern.

Während die Intensität der Kämpfe in Grosny am Wochenende merklich nachliess, lieferten sich Russen und Rebellen im Umland und in den Bergen heftige Gefechte. Der neue Kommandant der Ostfront, General Sergej Makarow, bekräftigte am Sonntag, seine Truppen würden an der Eroberung von Wedenjo nicht locker lassen.

Umkämpfte Rebellenhochburg

Der Ort in den Bergen ist eine der wichtigsten Widerstandsbastionen und Heimat des Rebellenführers Schamil Bassajew. Rund um Wedenjo brachten die Russen Artillerie und Panzer in Stellung. Rebellen-Sprecher Mowladi Udugow wies jedoch Berichte des russischen Fernsehsenders ORT zurück, wonach russische Truppen die Ortschaft abgeriegelt hätten.

Es sei unmöglich, die Stadt in den Bergen einzukesseln, sagte Udugow. In Grosny, der Hauptstadt der abtrünnigen Kaukasus-Republik,



Die Rebellen leisten den russischen Soldaten heftigen Widerstand. Die Zahl der Opfer und der Verwundeten auf beiden Seiten ist gross.

gab es dagegen nach Angaben eines Korrespondenten der Nachrichtenagentur AFP nur am Stadtrand vereinzelte Gefechte. Etwa 2000 ortskundige Rebellen leisteten den Russen in Grosny erbitterten Widerstand.

Der russische Übergangspräsident Wladimir Putin hatte den Unterbruch der Offensive mit dem ortho-

doxen Weihnachtsfest, dem Ende des Fastenmonats Ramadan und Nebel im Kampfgebiet begründet. Der Verlauf der Militäroperation werde «ausschliesslich von der Sorge um Zivilisten diktiert», sagte er. Putin bekräftigte aber das Ziel, Grosny zu erobern.

Moskau bereite die Öffentlichkeit bereits auf die Niederlage der

russischen Armee im Kaukasus-Krieg vor, wertete die Führung der Rebellen die russische Fernsehpause. Gleichzeitig mit der Feuerpause wurden die Befehlshaber des Ost- sowie des Westabschnitts, Gennadi Troschew und Wladimir Schamanow, abgelöst. Das Verteidigungsministerium stellte dies als eine routinemässige «Rotationspraxis» dar.

Nicht «um jeden Preis» in die Regierung

Berichte über angeblichen Geheimplan mit ÖVP gegen SPÖ

WIEN: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) strebt nach den Worten ihres Vorsitzenden Jörg Haider nicht um jeden Preis nach einer Regierungsbeteiligung in Wien. «Wir haben inhaltliches Interesse an der positiven Erneuerung» des Landes, sagte Haider am Sonntag.

Das heisse aber nicht, dass die FPÖ «um jeden Preis» in die Regierung wolle, ergänzte der Kärntner Landeshauptmann auf einer Parteiversammlung nahe Graz. Eine Wieder-

auflage der alten Regierungskoalition von Sozialdemokraten (SPÖ) und konservativer Volkspartei (ÖVP) sei «der sicherste Weg, um beim nächsten Mal die Nummer eins» zu sein.

Seine Partei müsse künftig nur «den Kurs halten». Noch Mitte der Woche hatte Haider die Mitarbeit der FPÖ an der künftigen Regierung angeboten.

SPÖ und ÖVP verhandeln seit Wochen über eine Regierungsbildung. Die Freiheitlichen waren bei

der Parlamentswahl am 3. Oktober zur zweitstärksten politischen Kraft im Lande hinter der SPÖ aufgestiegen. Die ÖVP war mit hauchdünnem Abstand auf dem dritten Platz gelandet.

Geheimplan

Nach Informationen der «Kronen Zeitung» gibt es einen «Geheimplan» zur Beteiligung der FPÖ an Österreichs Regierung. Die Zeitung berichtet in ihrer Sonntagsausgabe, sie sei anonym von der Existenz die-

ses Geheimplans zwischen der ÖVP und Haider's FPÖ informiert worden. Darin werde den Sozialdemokraten von Bundeskanzler Viktor Klima für zwei Legislaturperioden eine Rolle in der Opposition zugewiesen. Politiker und ein Teil der Presse in Österreich verdächtigen Innenminister Wolfgang Schüssel, den Chef der ÖVP, seit längerem, er wolle die Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ platzen lassen und dann mit den Rechtspopulisten von Jörg Haider koalieren.

Paul Spiegel neuer Präsident des deutschen Zentralrats der Juden

62-Jähriger will sich um Integration von Zuwanderern kümmern

BERLIN: Neuer Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland ist Paul Spiegel. Der 62-jährige Unternehmer aus Düsseldorf wurde am Sonntag in Berlin zum Nachfolger des Mitte August verstorbenen Ignatz Bubis gewählt.

Der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein galt als Favorit. Er setzte sich in einer Kampfabstimmung des Zentralrats-Präsidiums mit sechs zu drei Stimmen gegen Charlotte Knobloch von der Israelitischen Kultusgemeinde in München durch. Beide waren bisher Vizepräsidenten des Zentralrats. Spiegels Amtszeit dauert drei Jahre.

Erstmals in der Geschichte des 1950 gegründeten Zentralrats hatten zwei Kandidaten zur Wahl gestanden. Neue Vizepräsidenten sind Knobloch und Michel Friedman aus Frankfurt am Main. Sie wurden mit sieben beziehungsweise sechs Stimmen gewählt.

Mehr Arbeit im Team

Spiegel zeigte sich auf einer Pressekonzferenz unter dem Bild von Bubis sehr bewegt über seine Wahl.

Er will sich nach eigenem Bekunden verstärkt um den innerjüdischen Dialog in Deutschland und um die Gemeindegemeinschaft kümmern. Er wolle die erfolgreiche Arbeit von Bubis fortsetzen und auf mehrere



Paul Spiegel wurde zum neuen Präsidenten des Zentralrates gewählt.

Schultern verlagern, betonte Spiegel. Als eines der dringendsten Probleme nannte er die massive Zuwanderung osteuropäischer Juden, durch die die Gemeinden in Deutschland seit 1989 überrollt und auch überfordert worden seien.

Viele der Menschen, die nach Deutschland kämen, wüssten zwar, dass sie Juden seien, «aber nicht was das Judentum ist». Dies müsse etwa durch Rabbiner vermittelt werden. Dies bringe erhebliche finanzielle Probleme für die Gemeinden. 80 Prozent von ihnen seien verschuldet. Er erwarte dabei die Hilfe und Unterstützung der gesamten Gesellschaft, betonte Spiegel. Zentrales Anliegen ist ihm auch die weitere Verbesserung des von Bubis zuletzt eher skeptisch gesehenen Verhältnisses zwischen Juden und Nicht-Juden in Deutschland. Spiegel ist trotz immer wieder auftretender Rückschläge durch Fremdenfeindlichkeit, Schandungen jüdischer Friedhöfe und einen auch offen gezeigten Antisemitismus «relativ optimistisch». Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder gratulierte Spiegel zu seiner Wahl und betonte, durch seinen Einsatz leiste dieser

«einen notwendigen Beitrag zur demokratischen Kultur und zum inneren Frieden in unserem Land». Der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble erklärte, er sei sicher, dass Spiegel «wie sein Vorgänger einen wesentlichen Beitrag für Demokratie und Toleranz leisten wird».

Zeitzeuge des Holocausts

In der Person von Spiegel wurde noch einmal ein Überlebender der Holocaust-Generation gewählt. Dies war im Vorfeld der Wahl in jüdischen Gemeinden vielfach gefordert worden. Spiegel hatte als Kind in Verstecken in Belgien den Völkermord der Nazis an den Juden überlebt. Seine Schwester wurde deportiert und getötet.

**PanAlpina Sicav
Alpina V**

Preise vom 7. Januar 2000

Kategorie A (thesaurierend)

Ausgabepreis: € 64,90

Rücknahmepreis: € 63,57

Kategorie B (ausschüttend)

Ausgabepreis: € 64,30

Rücknahmepreis: € 62,98